

Konfessionelle Konfliktlinien in der Eurokrise: Wie protestantische, orthodoxe und katholische Solidarität die Krise verschärfen

Hien, Josef

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hien, J. (2018). Konfessionelle Konfliktlinien in der Eurokrise: Wie protestantische, orthodoxe und katholische Solidarität die Krise verschärfen. *Sozialer Fortschritt*, 67(6), 477-500. <https://doi.org/10.3790/sfo.67.6.477>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hien, Josef

Article — Accepted Manuscript (Postprint)

Konfessionelle Konfliktlinien in der Eurokrise: Wie protestantische, orthodoxe und katholische Solidarität die Krise verschärfen

Sozialer Fortschritt

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hien, Josef (2018) : Konfessionelle Konfliktlinien in der Eurokrise: Wie protestantische, orthodoxe und katholische Solidarität die Krise verschärfen, Sozialer Fortschritt, ISSN 1865-5386, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 67, Iss. 6, pp. 477-500, <http://dx.doi.org/10.3790/sfo.67.6.477>

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/209729>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konfessionelle Konfliktlinien in der Eurokrise: Wie protestantische, orthodoxe und katholische Solidarität die Krise verschärfen

Josef Hien

Zusammenfassung

Die europäische Krise wurde bisher vor allem unter dem Stichwort „Spielarten des Kapitalismus“ in der Wissenschaft diskutiert. Das Erklärungspotenzial von unterschiedlichen Wirtschaftskulturen in Nord und Südeuropa wurde hingegen vernachlässigt. Dieser Beitrag untersucht die unterschiedlichen Solidaritätskonzepte die in Nord und Südeuropa vorherrschen, und zeigt wie sie aus den drei Hauptströmungen der europäischen Christenheit, Protestantismus, Katholizismus und Orthodoxie hervorgehen. Der Beitrag argumentiert, dass diese Unterschiede einen gemeinsamen, für alle Seiten akzeptierbaren Weg aus der Krise erschweren.

Abstract: Religious Lines of Conflict in the European Crisis: How Solidarity of Protestantism, Orthodoxy and Catholicism Aggravate the Crisis

The European crisis has so far been primarily discussed through the conceptual lens of the Varieties of Capitalism approach. Different economic cultures that underpin the different economies on the European continent as a potential source of irritation during the crisis have been neglected. This contribution shows that the different solidarity concepts that prevail in Northern and Southern Europe can be linked back to divergences between the solidarity concepts of the three main strands of Christianity in Europe: Protestantism, Catholicism and Orthodoxy. These differences make a solution to the crisis that is equally acceptable to all difficult.

JEL-Klassifizierung: B, N, P

1. Einleitung¹

Wie ein Bumerang kommt die Eurokrise, seit 2010 immer wieder aufs Neue vermeintlich gelöst, in regelmäßigen Abständen zurück auf die Titelseiten der deutschen Tageszeitungen. Jedes Mal, wenn ein neues Hilfspaket verhandelt werden muss, werden die einschlägigen Interpretationen der Krise präsentiert. Dabei dominieren zwei Positionen die deutsche Presselandschaft: Während der Boulevard die südeuropäischen Schuldenstaaten und deren Bewohner regelmäßig als faul, korrupt, verantwortungslos oder betrügerisch darstellt (Bild 2010a, b, c), argumentiert die Qualitätspresse unter Berufung auf deutsche Ökonomen, dass der Süden strukturelle Defizite habe (*Siedenbiedel* 2016): Lohnkosten und der ausufernde Wohlfahrtsstaat mache Südeuropa zu teuer, um mit dem Rest Europas zu konkurrieren (*Sinn* 2014; *Becker / Fuest* 2017). Ein dritter Erklärungsstrang schafft es nur selten in die Tagespresse und kommt bisher nur in der Fachliteratur der politischen Ökonomie vor: Forscher in der Tradition der Spielarten des Kapitalismus geben die Schuld an der Krise dem Euro. Der pfercht zusammen, was nicht zusammengehört, nämlich heterogene Europäische Lohnfindungsregime, die wiederum zu unterschiedlichen Produktions- und Wachstumsregimen in Nord und Südeuropa geführt haben (*Baccaro / Pontusson* 2017; *Höpner / Lutter* 2018) und jeweils andere und spezifische Anforderungen an Währung und Geldpolitik stellen.

Was weder der Mainstream noch die politische Ökonomie zu erklären vermag, ist der verstärkte Rückgriff auf Emotionen, der im Süden sowie im Norden Europas seit der Krise um sich greift. So wurde Kanzlerin Merkel mit Hakenkreuzbinde, Finanzminister Schäuble in Wehrmachtsuniform auf Titelblättern von griechischen Zeitungen abgebildet (*Der Spiegel* 2015). Im Gegenzug brachte die Bild-Zeitung den ehemaligen Finanzminister Yanis Varoufakis als „Lügner“ mit einem nach Deutschland ausgestrecktem Mittelfinger auf die erste Seite. Die Verstimmung zwischen der deutschen und der südeuropäischen Bevölkerung ist mittlerweile signifikant messbar. Seit der Krise ist beispielsweise der Anteil der Italiener, die eine positive Meinung von Deutschen und Deutschland haben, von 75 % auf 65 % abgesunken (*Olmastroni / Pellegata* 2017). Seit der Schuldenkrise findet außerdem eine Mehrheit der Italiener, dass Deutschland zu viel Einfluss in Europa hat und dieser auf Kosten anderer Mitgliedsländer ginge.

Der folgende Aufsatz schlägt eine Interpretation vor, die die beiden Phänomene Wirtschaftsordnung und national aufgeladene Emotionalität zusammen-

¹ Ich will mich ganz herzlich für sehr hilfreiche Kommentare, Kritik und Anregungen bedanken bei Wolfgang Schroeder, Frederik Beck und zwei anonymen Gutachtern. Der Artikel wurde im Rahmen des REScEU Projekts (Reconciling Social and Economic Europe) erstellt, ein vom Europäischem Forschungsrat gefördertes Projekt (Fördernummer 340534) unter der Leitung von Maurizio Ferrera an der Universität Mailand.

bringt. Das Papier stellt die kulturelle Verankerung der Diversität der europäischen kapitalistischen Ordnungen in den Mittelpunkt. Es wird davon ausgegangen, dass die verschiedenen Spielarten des Kapitalismus in Süd- und Nord-Europa aus unterschiedlichen Wirtschaftskulturen hervorgegangen sind, welche die verschiedenen Wirtschaftssysteme mit unterschiedlichen Ethiken unterfüttern. Kernpunkt der Untersuchung ist der Begriff der Solidarität an dem sich zeigen lässt, dass all das was in der Krise als ökonomisch legitim, gut und solidarisch gilt, im Norden und Süden Europas grundsätzlich unterschiedlich verstanden wird. Der Aufsatz greift dafür die unterschiedliche konfessionelle Rückkoppelung der nördlichen (protestantisch geprägt) und südlichen (katholisch / orthodox geprägt) Euro-Mitgliedsländer auf und zeigt, dass diese zwar nicht direkt, wohl aber indirekt, gefiltert durch säkulare Wirtschaftsideologien, in denen sich religiöse Versatzstücke wiederfinden, auf die Debatte um Euro und Staatsschulden während der Eurokrise der letzten fünf Jahre einwirken.

Die für diesen Aufsatz zentrale Wirtschaftsideologie ist der Ordoliberalismus. In der europäischen Debatte wird dem Ordoliberalismus von Wissenschaft (*Blyth 2013; Bergahn / Young 2013; Bulmer 2014; Needergaard / Snaith 2015*), *public intellectuals* und der Presse eine Leitbildfunktion für deutsche Politiker und Bürokraten während der Eurokrise zugeschrieben (*Streeck 2015, S. 365; Habermas 2013, S. 5; Guérot / Dullien 2012; Economist 2015*). Da der Ordoliberalismus in den 1930er Jahren als eine genuin protestantische Blaupause für eine protestantische Nachkriegs-Wirtschaftsordnung geplant wurde, kann man in ihm starke normative Positionen und Annahmen über das Verhalten von Individuen und Staaten wiederfinden, die auch im Protestantismus eine zentrale Rolle spielen. Ordoliberalismus, oder die „whacky economics of a German parallel Universe“ (*Münchau 2014*), wie sie die Financial Times nannte, transportiert heute eine von südeuropäischen Ländern abgelehnte protestantische Wirtschaftsethik.

Der folgende Beitrag versucht nicht, wie viele anderen Beiträge zur Debatte um Euro und Ordoliberalismus, zu klären, wieviel Ordo im Euro, oder in der deutschen Regierung stecken. Vielmehr soll hier der „protestantischen Tiefengrammatik“ (*Manow 2001*) des Ordoliberalismus nachgespürt werden. Dabei wird untersucht was von Ordoliberalismus und Protestantischer Ethik in der heutigen Kommunikation von deutschen Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Bürokraten übriggeblieben ist, wenn sie über Solidarität reden, und kontrastiert diese Ergebnisse mit der Verwendung des Begriffs durch Politiker und *public intellectuals* in Griechenland und Italien. Der Beitrag argumentiert, dass es der konfessionelle Hintergrund des Ordoliberalismus ist, genauer die Einbettung von protestantisch geprägten Normen und Werten, die zu Konflikten und Verständigungsproblemen mit den eher durch katholische und orthodoxe Werte geprägten Südeuropäischen Ländern führen.

Der Beitrag versteht sich als Ergänzung zu den oben genannten Erklärungsansätzen der Spielarten des Kapitalismus Forschung. Diese haben erheblich zu unserem Verständnis der Eurokrise beigetragen, beleuchten durch ihre rational- und effizienzbasierten Erklärungsansätze die Krise jedoch nur einseitig da sie die kulturelle Rückkoppelung der verschiedenen institutionellen Wirtschaftsordnungen in Nord- und Südeuropa an unterschiedlich Normen und Werte ausblenden. Durch die Untersuchung der heutigen Auswirkung von Jahrhundertealten Konfessionellen Spaltungslinie werden im Folgenden stärker die Rolle von unterschiedlichen Wirtschaftsideen, -ethiken, -theorien und -traditionen in Nord- und Südeuropa in den Fokus gerückt.

Im ersten Teil werden entsprechend die verschiedenen Interpretationen der Eurokrise vorgestellt. Der zweite Teil analysiert die verschiedenen Solidaritätsethiken von Protestantismus, Katholizismus und Orthodoxie. Im dritten Teil wird gezeigt, wie sich diese unterschiedlichen Ethiken in den Diskurspositionen der zentralen Akteure während der Krise wiederfinden. Teil vier fasst zusammen.

2. Krise und wie sie heute interpretiert wird

Die wissenschaftliche Debatte um die Eurokrise wird von Beiträgen aus dem Umfeld der Spielarten des Kapitalismus bestimmt (*Hall / Soskice* 2001). Deren Kernaussage ist, dass die verschiedenen europäischen Volkswirtschaften unterschiedliche institutionelle Komplementaritäten entwickelt haben, die ihnen jeweils kompetitive Vorteile und unterschiedliche Wachstumsmodelle verschaffen (*Hall* 2014, 2012). Der Euro, als institutionell abgesicherte „harte“ Währung, kommt dabei vor allem den nordeuropäischen Volkswirtschaften zugute, wohingegen er den südeuropäischen Volkswirtschaften immer wieder Schwierigkeiten bereitet (*Armingeon et al.* 2015; *Armingeon / Baccaro* 2014). Diese Interpretation der Eurokrise ist wie auch die Literatur der „Spielarten des Kapitalismus“ stark in Sichtweisen eingebettet, die auf Rationalität, Effizienz und wohldefinierte Interessen rekurren. Ideen und kulturelle Quellen der institutionellen Diversität europäischer Volkswirtschaften spielen, wenn überhaupt, nur eine Nebenrolle (*Streeck* 2005).

Dagegen wird in diesem Aufsatz, im Sinne der Thematik dieses Sonderhefts, in dem es um die Wechselwirkungen zwischen Kapitalismus und Religion in Deutschland geht, Stellung bezogen. Nationale Volkswirtschaften werden nicht nur durch Institutionen geordnet, sondern ihre institutionellen Ausformungen sind die Verstetigung von teils Jahrhundertealten gesellschaftlichen Konflikten und deren Auflösungsmechanismen (*Schmoller* 1900; *Lipset / Rokkan* 1967). Gerhard Lehmbruch hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Deutsche Sozialpartnerschaft die Fortsetzung der Kompromissformeln nach dem Westfälischen Frieden ist (*Lehmbruch* 2001). Neo-rokkanische Wissenschaftler haben

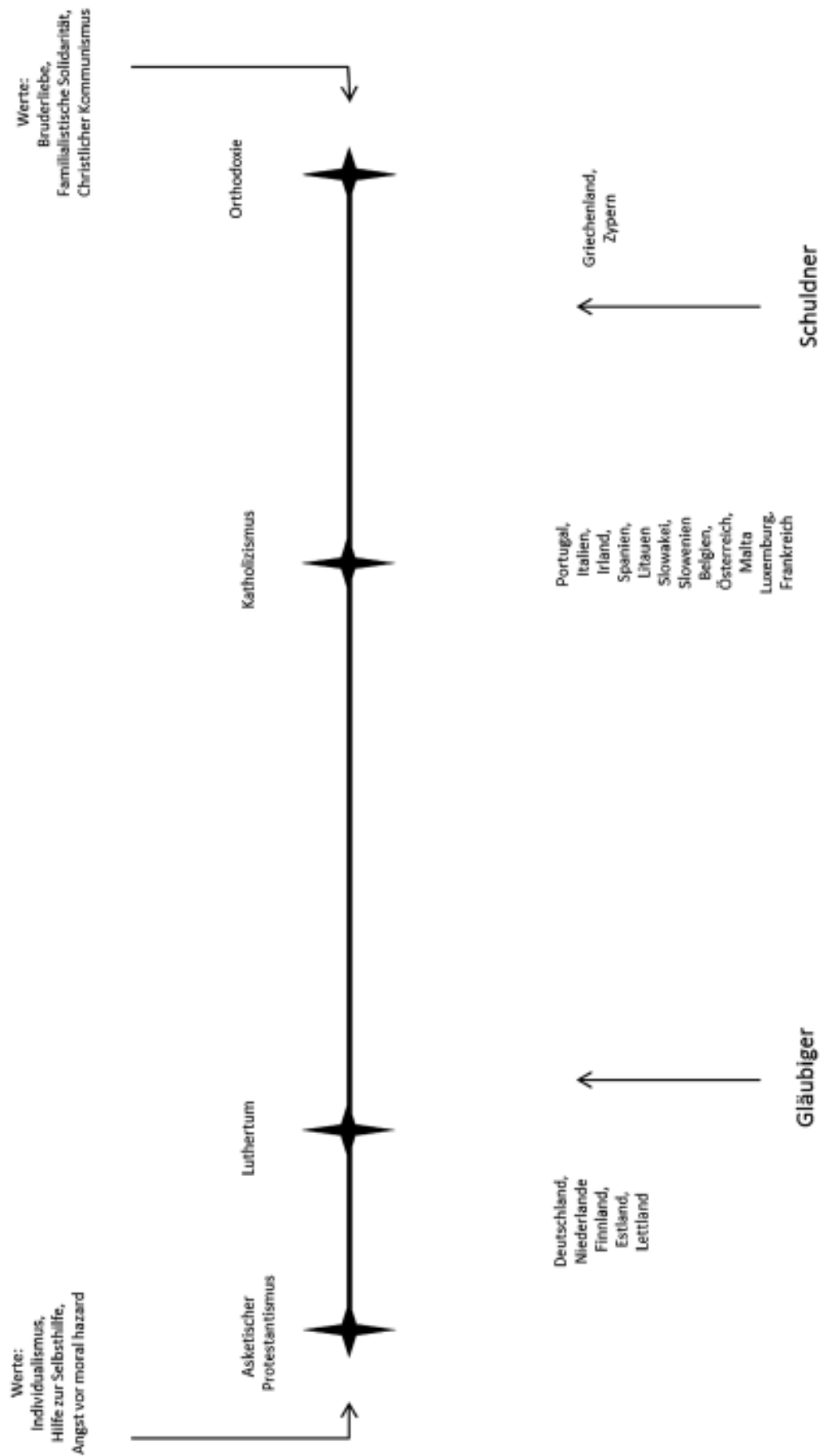


Abbildung 1: Positionen der Euro Länder während der Krise

in den letzten zwei Jahrzehnten aufgezeigt, wie stark der religiöse Einfluss die Ausprägung von Wohlfahrtsstaaten und Spielarten des Kapitalismus beeinflusst hat (*Flora 1986; Kahl 2005; Manow 2015; Van Kersbergen and Manow 2009*). Der folgende Aufsatz macht sich die Sichtweise zu eigen, dass Volkswirtschaften nicht nur durch Institutionen geordnet werden, die sich aus rational-effizienzorientierten Überlegungen speisen, sondern, dass sie ein kulturelles Produkt sind, dass sich über Jahrhunderte aus einer co-Evolution zwischen Institutionen und Interessen gebildet hat (*Abelshauser 2003; Jessop 2010; Steinmo 2010*). Es geht hier auch nicht darum zu zeigen ob Ideen oder Interessen die Motivation für Staaten in der Euro Krise sind sondern wie Ideen, Interessen und Institutionen miteinander Verschränkt die Handlungsgrundlage für Staaten bilden.

Kultur und Kulturkreis speisen sich hauptsächlich aus Religion und Sprache. Betrachtet man nun die unterschiedlichen Positionen der Euro Länder während der Krise, so stellt man fest, dass die Dichotomie „Gläubiger-Staaten vs. Schuldner-Staaten“, als auch der Unterschied „Exportländer vs. Importländer“ sowie die Gegenüberstellung „durch Binnennachfrage gesteuertes Wachstum vs. durch Exporte generiertes Wachstum“ oder „Hart- vs. Weichwährungsländer“ sich mit den verschiedenen Kulturkreisen in Europa deckt (siehe *Abbildung 1*). Diese ‚likeminded countries‘, wie sie ein Interviewpartner aus dem Bundeswirtschaftsministerium nannte², tauchen auch in diesen Konstellationen im Wahl und Abstimmungsverhalten im Europäischen Rat bzw. im Rat der Europäischen Union immer wieder auf. So hat Italien zwischen 2010 und 2015 nur einmal mit Deutschland zusammen gestimmt, wenn es um europäische wirtschaftspolitische Entscheidungen ging. Wohingegen die Niederlande 22.5 mal mit Deutschland zusammen stimmten, und Finnland 20.5 mal (*Armington / Cranmer 2017*).

3. Unterscheidung der Konfessionen hinsichtlich Wirtschaft und Solidarität

Solidarität ist zu einem, wenn nicht sogar zu dem Schlüsselbegriff der Eurokrise geworden. Der Begriff meint die Bereitschaft –„eigene Ressourcen mit denen die in Not sind zu teilen“ (*Stjernø 2005, S. 2*). Gerade in dem Moment, im dem die Bankenkrise zu einer Europäischen Schuldenkrise umdefiniert wurde, avancierte der Begriff zum Knackpunkt der europäischen Debatte (*Habermas 2013*). Da es sich jedoch um ein „subjektives Konzept“ (*Wilde 2007, S. 1*) handelt, verstehen die Europäischen Regierungen in Süd- und Nord-Europa Solidarität unterschiedlich. Diese Unterschiede sind dabei deckungsgleich mit den Einflussgebieten der drei großen europäischen christlichen Konfessionen.

² Interview im Bundeswirtschaftsministerium 17.1.2018, anonym.

Die unterschiedlichen Auffassungen von Solidarität haben schon immer in den verschiedenen Ethiken der drei großen christlichen Religionen existiert, sie wurden aber maßgeblich durch die Reaktionen dieser auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verstärkt. In Deutschland hat das im protestantisch-liberalen Bürgertum sogar zu einer vollständigen Abkehr von Bismarck's protestantischem Staatssozialismus und zur Neuentwicklung eines protestantisch geprägten Ordoliberalismus geführt. Für die Ordoliberalen war die Krise des Kapitalismus der Zwischenkriegszeit nicht nur eine Krise des Verbands korporatismus, sondern wurde auch durch einen Wandel religiöser und moralischer Einstellungen getrieben. Die Kirchen sollten deshalb als „ordnende Potenz“ (Eucken) in der Nachkriegsordnung wieder stark gemacht werden. Zahlreiche „explizit normativ-anthropologische Überlegungen“ der Ordoliberalen haben „die hohe Affinität eines freiheitlichen, weithin protestantisch geprägten Ethos“ (Jähnichen 2010, S. 11, 13). Die „protestantische Tiefengrammatik“ (Manow 2001; Rieter / Schmolz 1993; Reuter 2010; Jähnichen 2010) des Ordoliberalismus kam nicht von ungefähr. Alle Schlüsselfiguren der ersten ordoliberalen Generation waren Protestanten. Eucken schrieb in einem Brief an Rüstow (1942): „Ich könnte weder leben noch arbeiten, würde ich nicht daran glauben, dass Gott existiert.“ (Lenel 1991, S. 12). Das ordoliberale Projekt, das sich in den späten 1930er und frühen 1940er Jahren in den Freiburger Kreisen herausbildete, war daher der Versuch, eine genuin protestantische Wirtschaftsordnung zu entwerfen die auf den eigenen Normen und Werten basierte. Sie sollte sich von der sozialkatholischen, der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen und der neo-klassischen österreichisch-angelsächsischen Konkurrenz abgrenzen. Zentrale Figur war der protestantische Theologe Dietrich Bonhoeffer. Er brachte protestantische Theologen (Otto Dibelius, Constantin von Dietze), protestantische Ökonomen (Walter Eucken, Leonard Miksch, Adolf Lampe), protestantische Juristen (Franz Böhm, Hans Großmann-Doerth) und protestantische Historiker (Gerhard Ritter) zwischen 1938 und 1944 im Bonhoeffer Kreis und der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath in Freiburg zusammen (Goldschmidt 1997).

Mit der Freiburger Denkschrift, die aus diesen Zirkeln hervorging und die Blaupause für den Nachkriegswiederaufbau sein sollte, stand nun erstmals eine kohärente protestantische Wirtschafts- und Sozialethik zur Verfügung. Sein Wertefundament grenzt den Ordoliberalismus klar vom angelsächsischen Liberalismus ab. Der Eigennutz, der die Menschen dazu antreibt, miteinander in ökonomischen Wettbewerb zu treten, verleitet sie zwar dazu, ihr Bestes zu geben, kann sie aber auch dazu verführen, den Wettbewerb zu ihren Gunsten zu manipulieren. Wie bei den Protestanten sind die Menschen bei den Ordoliberalen „weder Engel noch Teufel“ (Dietze 1947, S. 26), sondern vielmehr „Gerechtfertigte und Sünder zugleich; deshalb kommt es darauf an, sie einer Ordnung zu unterstellen, die den *peccator* diszipliniert“ (Reuter 2010, S. 3).

Die ordoliberalen Idee, den Staat als Beschützer der Wirtschaftsverfassung zu nutzen, spiegelt die kontinentaleuropäische, protestantische Haltung zur menschlichen Natur wider. Vor allem die US-Varianten des asketischen Protestantismus konzentrieren sich auf die Freiheiten und Rechte des Individuums. Das gipfelt oft in einer Staatsfeindlichkeit, die den Ordoliberalen fremd ist. Der kontinentaleuropäische, asketische Protestantismus versuchte, das moralisch richtige Verhalten seiner Gemeinschaften durch die Schaffung einer *res publica christiana*, einer christlichen Staatsordnung, zu stärken (Gorski 2003, S. 21; Petersen 2008, S. 23). In seinem Werk sucht Eucken einen Kompromiss zwischen „calvinistischer Theokratie mit ihrer Beinahe-Identität von Kirche und Staat und lutherischer Zwei-Reiche-Lehre mit der Trennung von geistlicher und weltlicher Sphäre“ (Petersen 2008, S. 23). Seine Konzepte spiegeln das „autoritativ-paternale [...] Denken“ Bonhoeffers wider, das einer „in Recht und Verantwortung begründeten Ordnung und Autorität mehr zutraut als individueller Freiheit“ (Falcke 2011, S. 382).

Die protestantische Sicht des Individuums, die im Ordoliberalismus eingebettet ist, formte ein spezifisches Solidaritätskonzept. Dieses ordoliberale Solidaritätskonzept wurde durch die Weimarer Erfahrungen der ersten ordoliberalen Generation verstärkt. Da die Ordoliberalen den Weimarer Wohlfahrtsstaat als eine der Ursachen der Krise ausmachten, sprachen sie sich strikt gegen einen solchen Transferstaat aus (Eucken 1932, S. 303; Manow 2001b). Ordoliberale waren sich sicher, dass der Weimarer Wohlfahrtsstaat Eigenverantwortung und Eigenantrieb von Individuen und Bürgern, die „Springfeder“ (Röpke 1948, S. 364) der Gesellschaft, untergraben womit die Bürger zu „Staatsklaven“ gemacht würden (Röpke 1949, S. 257). Der Staat sollte sich deshalb in Zukunft auf die Schaffung eines Ordnungsrahmens beschränken, der „Chancengleichheit“ garantieren und „Hilfe zur Selbsthilfe“ unterstützt (Röpke 1948, S. 264). Hilfe ist nur dann solidarisch, wenn sie Selbsthilfe unterstützt, die dem Individuum den Weg aus seiner Misere aus eigenem Antrieb ermöglicht. Das geschieht dadurch, dass man die richtigen Anreize gibt, die *moral hazard* verhindern und das Individuum zum richtigen ethischen Verhalten anleiten (harte Arbeit, Solidität, Sparsamkeit) (Dyson 2017). Die Hilfe muss daher an Konditionen und Auflagen gebunden und überwacht werden. Hilfe ohne Auflagen ist unsolidarisch, da sie nicht das Verhalten des Individuums zu mehr Eigenverantwortung antreibt.³

³ Die oben vorgestellte Skizze des Ordoliberalismus ist eine Vereinfachung. Es gibt verschiedene Spielarten des Ordoliberalismus. Eucken und Böhm gelten unbestritten als die puren Gründungsväter, Rüstow und Röpke als Vertreter eines soziologischen Ordoliberalismus. Erhard gilt also politischer Arm der Ordoliberalen, jemand der wenig zur ordoliberalen Theoriebildung beigetragen dafür umso wichtiger für das politische und öffentliche Marketing war. Müller-Armack mit seinem Versuch der Sozialen Irenik die protestantische und katholische Ordnungsvorstellungen zusammenzubringen sollte wurde von Eucken und Böhm mit Skepsis betrachtet. Hayek, Mestmäcker und Hoppmann gelten

Damit grenzte sich der Ordoliberalismus stark von der katholischen Sozialethik, der großen konfessionellen und politischen Gegenlehre in den 1950er und 1960er Jahren, ab (Hien 2012).

Der Jesuit Heinrich Pesch hat um die Wende des letzten Jahrhunderts maßgeblich zur Systematisierung des katholischen Solidaritätsbegriffes beigetragen (Pesch 1914, S. 33). Aufgegriffen wurde dieser Solidaritätsbegriff von Nell Breuning und Gustav Gundlach, den beiden „Ghostwritern“ der Sozialenzyklika *Quadragesimo Anno* die als die katholische Antwort auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verstanden werden kann. Nach der katholischen Sichtweise der Natur des Menschen verfügen Individuen nicht alle über die gleichen intellektuellen, kognitiven und manuellen Fähigkeiten. Deshalb ist es nicht genug, nur für gleiche Startbedingungen zu sorgen sondern Gesellschaften müssen ausgleichen und umverteilen (Mazurek 1980, S. 93). Dieser Solidarismus ist der Grundstein des menschlichen Zusammenlebens in der katholischen Soziallehre. In den Enzykliken stehen Liebe und Bruderschaft zwischen den Menschen im Mittelpunkt, während Wettbewerb und Individualismus skeptisch gesehen oder verurteilt werden. In *Quadragesimo Anno* heißt es dazu: „Darum müssen die Anteile der verschiedenen Menschen und gesellschaftlichen Klassen an der mit dem Fortschritt des Gesellschaftsprozesses der Wirtschaft ständig wachsenden Güterfülle so bemessen werden, dass [...] dem Gesamtwohl der menschlichen Gesellschaft nicht zu nahe getreten wird. Dieser Forderung der Gemeinwohlgerechtigkeit läuft es zuwider, wenn eine Klasse der andern jeden Anteil abspricht.“ (Pius XI 1931, S. 75).

Im Gegensatz zum Protestantismus und Katholizismus hat die Orthodoxie nie eine kohärente moderne Soziallehre als Antwort auf den mit der kapitalistischen Industrialisierung aufkommenden liberalen Individualismus und kollektivierenden Sozialismus entwickelt (Makrides 2013). Man könnte fast sagen, dass die Orthodoxie der Moderne so skeptisch gegenüberstand, dass sie sich gar nicht erst mit ihr befasst hat. Dennoch lässt sich ein starkes Solidaritätskonzept nachzeichnen. Die Orthodoxie ist die christliche Religion, die am weitesten vom rationalen Individualismus entfernt ist und „historisch gesehen schon immer und noch immer Probleme mit den verschiedenen Produkten der westlichen Moderne hat, die schon lang von der westlichen Christenheit akzeptiert worden sind.“ (Makrides 2012, S. 258). Die griechische Orthodoxie hat eine

als Repräsentanten einer zweiten Generation die den ursprünglichen Ordo mit Angel Sächsischer und Österreichischer Schule verbinden wollten. Ähnlich heterogen wie der Ordoliberalismus war auch der Deutschsprachige Protestantismus der 1930er und der Nachkriegszeit. Die Gegensätze zwischen Karl Barth und Emil Brunner die beide in den Freiburger Kreisen diskutiert wurden sowie die verschiedenen Spielarten des deutschen Pietismus haben die Ausdifferenzierungen des Ordoliberalismus gespeist. Eine abschließende Untersuchung steht noch aus. Eine gute Einführung bietet *Krärup* (2017) und die Dissertation von Tim Petersen (2015).

„klare Präferenz für gemeinschaftlich orientiertes Handeln und Denken“ und eine „scharfe Kritik am individualistischen Denken geübt welches mit westlichen Entwicklungen assoziiert wird“ (Makrides 2012, S. 260).

Die verschiedenen Solidaritätskonzepte der Christenheit haben anscheinend selbst in einem immer stärker säkularisierten Europa eine Art Pfadabhängigkeit entwickelt. Sie finden sich auch heute noch in der öffentlichen Meinung wieder. Jordan kommt in einer Studie zu Einstellungen in Westeuropa zu dem Schluss, dass „Katholiken und diejenigen die in katholischen Ländern leben, sehr viel öfter für Umverteilungspolitik sind als Protestanten“ (Jordan 2014, S. 38 – 39; Van Heuvelen 2014). Außerdem unterstützen Katholiken den europäischen Einigungsprozess, wohingegen Protestanten skeptisch sind (Nelsen / Guth 2003, 2015; Scherer 2015).

4. Ordo-protestantische Solidarität im Deutschen Krisendiskurs

Das protestantisch-ordolibérale Solidaritätskonzept lässt sich bei den wichtigsten deutschen Protagonisten während der Eurokrise nachweisen. Am prägnantesten bei Finanzminister Schäuble, der immer wieder seine Herkunft aus Freiburg unterstreicht (in 18 seiner Reden zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 1. Dezember 2015). Er meint damit nicht nur seinen Geburts- und Studienort, sondern bezieht sich hiermit auch auf die ordolibérale Grundausrichtung seiner Politik als Finanzminister. Im gleichen Zeitraum diskutierte er die ordoliberalen Konzepte „Ordnungsrahmen“ und „Ordnungspolitik“ 36 Mal in den 80 Reden und Interviews, die sich auf die deutsche Solidarität während der Eurokrise bezogen. Auch die protestantische Tiefengrammatik findet man in Schäubles Argumentation. Für Schäuble liegt die Ursache der Eurokrise darin, dass so manches Land „bis zum Ausbruch dieser Krise weit über seine Verhältnisse gelebt“ (Schäuble 2015a) habe und dass bedingungslose Solidarität mit den Süd-Ländern nicht gefordert werden kann, da „der Lebensstandard, das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung [...] in anderen Ländern der Euro-Zone deutlich niedriger“ (Schäuble 2015b) sei. Als Bedingung für Solidarität müsse sich das Verhalten der Länder ändern. Solidarität sei keine „Einbahnstraße“ (Schäuble 2011a; Schäuble 2011b); mehr „Verlässlichkeit“ (Schäuble 2015c) und mehr „Solidität“ (Schäuble 2013a) sei den Krisenländern im Gegenzug für Solidarität abzuverlangen. Diese Argumente verweisen auf den protestantischen Befähigungskern, der tief im Ordoliberalismus eingebettet ist. Dennoch, Schäuble ist augenscheinlich unsicher, ob solche moralischen Appelle Gehör finden werden, „[d]enn das Schreckliche ist ja: Die Grundnatur des Menschen ändert sich nicht“ (Schäuble 2013b). Daher müssten die moralischen Appelle an die Schuldnerstaaten von starken Institutionen begleitet werden, die ethisch richtiges Verhalten verstärken. Dies ist wiederum ein protestantisch-ordoliberaler Gemeinplatz. Da der Mensch Sünder und Gerechtfertigter gleichzeitig ist,

muss sein Verhalten durch Institutionen abgesichert werden. Schäuble macht das Funktionieren der Hilfen von den richtigen „Anreizsystemen“ (Schäuble 2013c) abhängig. Neue Institutionen sollten „Hilfe zur Selbsthilfe“ fördern (darauf weist er in elf von 80 Reden hin) (Schäuble 2014a). Für Schäuble ist Solidarität notwendig mit „Konditionalität“ (darauf weist er ebenfalls in elf von 80 Reden hin) (Schäuble 2011c), „Konsolidierung“ (in 5 seiner Reden) (Schäuble 2012a), „Disziplin“, (Schäuble 2014b) „Sanktionen“ (Schäuble 2012b), und „Überwachung“ (Schäuble 2010)⁴ verbunden.⁵

Schäubles Forderungen nach Eigenverantwortung, Disziplin, Sparsamkeit und Bescheidenheit, die er durch moralische Appelle und institutionelle Anreizsysteme stimulieren will, sind nicht nur im Ordoliberalismus der ersten Generation wiederzufinden, sondern auch in der individuellen Laienethik des asketischen und pietistischen Protestantismus (Kahl 2005, S. 107). In einem Interview mit dem *Spiegel* betonte er: „Meine Großmutter, die von der schwäbischen Alb stammte, pflegte zu sagen: Gutmütigkeit kommt kurz vor der Liederlichkeit. Es gibt eine Art von Großzügigkeit, die ganz schnell das Gegenteil von dem bewirken kann, was beabsichtigt ist.“ (Schäuble 2015d) 2015 hielt Schäuble eine Rede auf dem deutschen Kirchentag. Vor dem Hintergrund der Griechenlandkrise wurde er gebeten, eine Bibelpassage von Lukas V zu diskutieren. Die Parabel suggeriert, im übertragenen Sinne, dass man unter bestimmten Umständen Schuldenerleichterungen zustimmen kann. Schäuble kommentiert: „Man kann kaum glauben, was man da liest“, und zweifelt in seiner Rede an der Genauigkeit der Bibelübersetzung. Er beteuerte: „[...] jemandem die Schulden erlassen, die der bei einem anderen hat, und eigenmächtig die Regeln brechen: Als Christ kann ich nicht glauben, dass Jesus uns ein Handeln empfiehlt, dass das menschliche Zusammenleben schwieriger, das Leben unsicherer und das Überleben mühsamer machen würde“ (Schäuble 2015e; Kirsten 2015; Rahtz 2017). Anschließend erwähnte er zentrale Werte, die auch in den Büchern der ersten ordoliberalen Generation immer wieder angesprochen werden: Hilfe zur Selbsthilfe, die Gefahr falscher Anreize, die Vorteile von Sparsamkeit und von nachhaltigen Finanzen. Schäuble schloss seine Rede mit einem Hinweis auf die ursprüngliche Verbindung zwischen Ordoliberalismus und Protestantismus mit

⁴ Für die vollständige Analyse siehe Hien 2017.

⁵ Hilfe zur Selbsthilfe wird manchmal als deckungsgleich mit dem Subsidiaritätskonzept der katholischen Soziallehre verstanden. Die Prominenz des Subsidiaritätskonzept geht jedoch auf den Staat-Kirche Konflikt zurück. Durch die Propagierung von Subsidiarität konnten sich Katholiken dem Zugriff des säkularen oder protestantischen Zentralstaats entziehen. In Clerico-faschistischen Regimen wie Franco's Spanien war der Begriff dann auch nie so prominent in der katholischen Soziallehre wie in Deutschland oder den Niederlanden. Anreizssysteme finden sich auch in anderen neo-liberalen Strömungen wie new-institutional economics oder Public Choice wieder sind dort jedoch nicht aus religiösen Werten abgeleitet sondern aus sozialdarwinistischen (Amable 2011).

einem Bezug auf Dietrich Bonhoeffer. Auch Kanzlerin Merkel kann sich dem Bann von Freiburg nicht entziehen. Sie reiste demonstrativ zum 125. Geburtstag Euckens nach Freiburg, um ein Bekenntnis zu den Grundsätzen der Ordnungspolitik abzulegen. 2012 wurde Jens Weidmann, dem Präsidenten der Deutschen Zentralbank, der Wolfram Engels Preis „für seine ordnungspolitisch konsequente Haltung angesichts der europäischen Schuldenkrise“ (Stiftung Marktwirtschaft 2014). verliehen. 2013 schloss er sich in einer Rede in Freiburg Lars Feld an, indem er wiederholte, was dieser 2011 der *Wirtschaftswoche* gesagt hatte: Er empfahl allen Politikern, sich während der Krise „Euckens ‚Grundsätze der Wirtschaftspolitik‘ unters Kopfkissen zu legen“.⁶ Seit Jens Weidmann im Jahr 2011 Bundesbankpräsident wurde, hat er in 33 seiner 106 Reden die zentrale ordoliberalen Termini „Ordnungsrahmen“ und „Ordnungspolitik“ verwendet. Weidmann diskutiert den Terminus Solidarität nicht so oft wie Schäuble, doch wenn er es tut, (9 Mal) dann benutzt er dieselben Konzepte wie Schäuble.

5. Solidarität in Südeuropa

Der deutsche Finanzminister Schäuble und sein griechischer Gegenspieler Varoufakis benutzten während der Krise beide häufig das Wort Solidarität, interpretierten diese Norm aber auf völlig unterschiedliche Weise. Schäuble nannte seinen konditionellen Ansatz zur Solidarität „europäische Solidarität“ während Varoufakis Schäubles Solidarität als ‚fiskalisches Waterboarding‘ bezeichnete (Addley 2015). 2011 schrieb ein griechischer Minister in einer Athener Tageszeitung über die Troika, dass „wir es hier mit Idioten und Protestanten zu tun haben und es deshalb keine Lösung geben kann“ (zitiert in Makrides 2015, S. 373). Ein Griechischer Parlamentarier beschwerte sich in einem Namensartikel in einer Zeitung über das „dogmatische, lutherische Denken der deutschen“ (zitiert in Makrides 2015, S. 373).

Griechische ‚public intellectuals‘, die aus der marxistischen Szene stammen, haben das Orthodoxe Christentum für sich wiederentdeckt. Sie fusionieren orthodox-marxistische und nationalistische Ideen mit antiker griechischer Philosophie zu einer neuen Synthese, die sie ‚neo-Orthodoxie‘ nennen (Makrides 2015). Vertreter dieser Richtung sind Kostas Zouraris, Vize-minister für Bildung und Christos Yannaras (Philosoph und Theologe) (Koumandaraki 2002,

⁶ Ebd. moralisierend wurde er in einer kuriosen Passage einer Rede in Bremen. Dort beschrieb er seine Bewunderung für die preußischen Reformer, allesamt reformierte Protestanten, und die Gefahr von zu hohen Staatsschulden. indem er unterstrich: „Was die Krise aber deutlich gezeigt hat, ist, dass von übermäßiger Verschuldung gravierende Risiken ausgehen. Das wusste übrigens schon Friedrich III. von Brandenburg. Als er sich 1701 zum König Friedrich I. in Preußen krönen ließ, wurde eine Generalamnestie verkündet. Ausgenommen waren lediglich Gotteslästerer, Mörder, Hochverräter und – Schuldenmacher.“ (Weidmann 2014).

S. 41). Beide haben in Griechenland Rockstar-Status und eine starke Präsenz in TV Talkshows, Namensartikeln und populärwissenschaftlichen Büchern.⁷

Dadurch, dass Griechenland noch eines der religiösesten Länder in der EU ist (92 Prozent der Griechen sind Mitglieder der Orthodoxen Kirche), fällt es Zouraris und Yannaras leicht, ein Gegennarrativ zur Europäischen Integration aufzubauen (Yannaras 1983). Dabei berufen sie sich auf zwei zentrale Konzepte: ‚oikonomia‘ und ‚apophatic‘, mit denen sie die Griechisch-orthodoxe Kultur von der vermeintlich Nordisch-Protestantischen Kultur der EU abgrenzen. ‚Oikonomia‘ beschreibt den weichen und interpretativen Umgang mit Recht, Regeln und Regulierung. „Apophatisch“ heißt, dass im Leben alles verschieden interpretiert werden kann. Statistiken sollten daher nicht als in Stein gemeißelt betrachtet sondern approximiert werden (Makrides 2015). In Ihren öffentlichen Interventionen stellen Zouraris und Yannaras die Inflexibilität, Konventionalität und den Legalismus des nordeuropäischen Ansatzes zum Euro und seiner Krise dem Griechischen Ansatz mit seiner Flexibilität, Spontanität und Freundlichkeit gegenüber (Makrides 2015, S. 373). Griechische Politiker und Bürokraten hatten demnach nicht die Statistiken für den Eurobeitritt gefälscht sondern diese lediglich anders bzw. kreativ interpretiert.

Yannaras argumentiert, dass die Griechen sich nicht mit der „Sklaverei permanenter Produktion identifizieren“ (zitiert in Makrides 2015, S. 392). Sie arbeiten um zu leben und leben nicht um zu arbeiten. Trotz aller ökonomischer Probleme waren die Griechen vor der Austeritätspolitik um ein vielfaches Glücklicher als Westeuropäer. Auf ähnliche Weise kontrastierte Finanzminister Varoufakis während der Krise immer wieder die Armut von Bentham's Utilitarismus mit dem Reichtum von Sophokles Antigone, Epikurs Lebensfreude und Aristoteles Eudämonie (Varoufakis 2013, S. 5). Die kalte Rationalität und der Individualismus der westlichen Zivilisation wird mit den orthodoxen Prinzipien der gemeinschaftlichen Solidarität kontrastiert. Die westliche Zivilisation ist ein Produkt von „Barbarischen Stämmen“ wohingegen die Griechen „wahre Aristokraten“ sind (Yannaras zitiert in Makrides 2015, S. 385). Die ausgesprochen anti-westliche Haltung der Griechischen Orthodoxie hat schon immer existiert (seit der Kirchentrennung von 1054) nach dem Eintritt in die europäische Union 1981 wurde sie jedoch nur mäßig politisiert. Durch die Krise ist sie wieder hoffähig geworden (Interview Makrides 2017).

Ähnlich argumentiert der einflussreiche italienische Philosoph Giorgio Agamben. Europa, mit seinem exzessiven Fokus auf die wirtschaftliche Integration, riskiere seine kulturellen und spirituellen Grundlagen zu verlieren (Agamben 2015; Lepenies 2016). Die wahre Stärke Europas liegt in seiner Kunst, Phi-

⁷ Yannaras hat eine Kolumne in der Zeitung Kathimerini und hat mehr als 30 Bücher verfasst. Beide werden mit dem Titel „Lehrer der Griechischen Nation“ angesprochen (Louth 2009; Makrides 2015, S. 392).

losophie, Politik und Religion, auf diese müsse man sich wieder besinnen, im Gegensatz zu einem Europa, das „nicht allein auf Euro und Wirtschaft beruht“ (Agamben 2013). 2013, auf dem Höhepunkt der europäischen Schuldenkrise, schlug Agamben vor, ein „lateinisches Reich“ der „Germanizzazione“ Europas entgegenzusetzen. Agambens Aufsatz wurde zuerst in Italien publiziert (La Repubblica 15.3.2013) und bald darauf unter dem schneidigen Titel *Que l'Empire latin contre-attaque* (Liberation 24.3.2013) in Frankreich mit großer Resonanz veröffentlicht. Agamben bereitet in diesem Aufsatz eine Idee des französischen Philosophen Kojève neu auf. Kojève argumentierte 1945, dass die größte Gefahr für ein katholisches Frankreich im Nachkriegseuropa die Restauration der deutschen protestantischen Macht sei. Um das zu verhindern müsse Frankreich auf die Gründung eines lateinischen Imperiums hinarbeiten, dass mindestens „Frankreich, Spanien und Italien“ umfasse (Kojève 1945). Romanische Sprache und Katholizismus sollten dabei ein spirituelles Band bilden. Ähnlich wie die griechischen *public intellectuals* argumentiert Agamben, es habe „keinen Sinn, von einem Griechen oder einem Italiener verlangen zu wollen, dass er wie ein Deutscher lebt, doch selbst wenn das möglich wäre, würde es zum Verschwinden eines Kulturguts führen, das vor allem in einer Lebensform liegt“ (zitiert nach Assheuer 2013) und setzte dem Nordeuropäischen Profit und arbeitsstreben eine Philosophie der „Geschäftslosigkeit“ und des „Nichtstuns“ entgegen. Jürgen Kaube, Herausgeber der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, schrieb eine Replik, die Agambe beschuldigte, ‚Fantasie‘, ‚Müll‘ und ‚unverantwortliches [...] dolce fare niente‘ zu predigen. Agambes Gedanken seien ‚pseudo-philosophisch‘ (Kaube 2013; Agamben 2013; Agamben 2015).

Die Divergenzen zwischen den Solidaritätsbegriffen im Norden und Süden Europas kann man auch in den verschiedenen Lösungsvorschlägen zur Eurokrise finden, die in den beiden Kulturkreisen generiert wurden. Frankreich, Italien und Griechenland haben eine Fiskalunion vorgeschlagen, die sich stark von dem deutschen Vorschlag einer Fiskalunion unterscheidet. Francois Villeroy de Galhau, der Präsident der Französischen Zentralbank, schlug 2015 in einem Interview eine „Wirtschaftsunion“ vor, die die Währungsunion ergänzen sollte (Ettel / Gersemann / Greive 2016). Der ehemalige französische Präsident Francois Holland und sein damaliger Finanzminister Emmanuel Macron sprachen sich für die Schaffung eines französischen Finanzministers bei der europäischen Kommission aus (Schubert 2015). Der Italienische Finanzminister Pier Carlo Padoan war überzeugt, dass die Währungsunion über lang nicht ohne Fiskaltransfers, gemeinsame Schuldenfonds (Eurobonds) und gemeinsame europäische Steuern auskommen wird (Stiftung Marktwirtschaft 2015).

Solche Vorschläge alarmieren deutsche Ökonomen, die Verbindungen zur Freiburger Tradition der ordoliberalen Schule haben. Clemens Fuest und sein co-autor Becker warnten in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, dass falls Deutschland nicht schnell genug seine Vorstellungen einer Fiskalunion durch-

setzen würde, sich die Idee eines Südeuropäischen Umbaus „der Eurozone in eine Solidarhaftungs- und Transferunion“ durchsetzen werde (*Becker and Fuest* 2016). Gegen solch eine Solidaritätsunion haben Deutsche Ökonomen eine beachtliche Verteidigungsmaschinerie in Gang gesetzt. Der *Kronberger Kreis*, eine Denkfabrik die sich der Entwicklung „ordnungspolitische[r] Reformkonzepte“ (*Feld et al.* 2016) verschrieben hat, weist in seinem neuesten Report gemeinsame europäische Schulden zurück und schlägt stattdessen eine national gesicherte „Stabilitätsunion“ mit „einer einvernehmlichen Festlegung auf unverrückbare fiskalpolitische Regeln“ vor (*Feld et al.* 2012, S. 1). Diejenigen, die die Regeln brechen, haben ihre Mitgliedschaft „verwirkt“. Dasselbe Argument wurde 2012 in einem Report des Wissenschaftlichen Beirats des Finanzministeriums an den Finanzminister übergeben, in dem Fuest und drei weitere Mitglieder des Kronberger Kreis sitzen. Der Report argumentiert gegen gemeinsame europäische Schulden, die „momentan propagiert unter dem Stichwort der „Solidarität“ innerhalb Europas“ diskutiert werden (BMF 2012, S. 34). Auf gleiche Art hat Fuest, der einer der einflussreichsten deutschen Ökonomen ist, wiederholt in einer Reihe von Publikationen argumentiert, dass eine deutsche Version der Fiskalunion „ohne gemeinschaftliche Haftung für gemeinsame Schulden oder eine zentralisierte Regierung mit einem gemeinsamen Haushalt“ (*Dolls et al.* 2016, S. 211, 218; *Fuest and Peichl* 2012; *Fuest / Heinemann / Schröder* 2015, S. 302) konstruiert werden muss. Der Vorschlag einer Stabilitätsunion findet sich auch in einem Sonderbericht des Sachverständigenrats vom Juli 2015 (Sachverständigenrat 2015). Auf dem Höhepunkt der turbulenten Verhandlungen um ein drittes Rettungspaket für Griechenland gab der *Kronberger Kreis* eine Pressemitteilung mit dem Titel „Ein Austritt Griechenlands gefährdet weder den Euro noch Europa“ (Kronberger Kreis 2015) heraus. Zwei Tage später zirkulierte Schäuble am 10.7.2015 einen Brief unter seinen Kollegen, in dem er die Möglichkeit eines temporären Brexits ins Spiel brachte. Schäuble wurde schnell durch den französischen Präsidenten Hollande und Italiens Premier Renzi geblockt. Doch das Vorkommnis zeigt, wie eng der Kontakt zwischen Finanzministerium und Kronberger Kreis zu dieser Zeit war (*Ehlers / Heyer / Knaup et al.* 2015).

6. Alles Ordo oder was?

Vor dem Hintergrund des Paradoxes dass deutsche Politiker, Ökonomen und Bürokraten sich zwar gern am ordoliberalen Ideen- und Wertefundus bedienen, Deutschlands Volkswirtschaft jedoch klassisch-korporatistisch funktioniert muss hier noch kurz auf die Existenz zweier unterschiedlicher Sphären hingewiesen werden: der Ordoliberalen Diskurssphäre wie sie oben analysiert wurde und die real existierende Organisation des institutionellen Zusammenspiels des „Modell Deutschlands“ (*Manow* 2001). Beide existieren parallel obwohl sie sich

prinzipiell ausschließen sollten. Wie ist dies erklärbar? Deutschland ist das Paradebeispiel für die „Organized Market Economies“ (Hall / Soskice 2001) in der Spielarten des Kapitalismus Diskussion und hat all die institutionellen features gegen die ordolibérale seit den 1950er Jahren Sturm gelaufen sind (Mitbestimmung, starker Wohlfahrtsstaat, Tarifautonomie etc.) (Hien 2013; 2017a). Da stellt sich die Frage weshalb deutsche Politiker so viel Ordoliberalismus predigen wenn er in Deutschland selbst so wenig praktiziert wird?

Ordoliberalismus hatte zwar kein durchgreifenden Einfluss auf die deutsche Nachkriegsökonomie entfalten können, war jedoch in der Deutschen Volkswirtschaftslehre und an den juristischen Fakultäten bis in die 1990er Jahre dominant. Ordoliberalismus verbreitete sich durch die Studenten der Freiburger Schule. Eucken hatte zwischen 1933 und 1945 45 Doktoranden (Pühringer / Hirte / Ötsch 2017). Allein seine Studenten Pfister, Hensel, Meyer, Beckmann und Krelle produzierten 32 Professoren. Bei den Juristen hatte Mestmäcker, der wohl prominenteste Schüler Böhm's, 11 Habilitanten die Professoren wurden (Hien / Joerges 2018).⁸ Da die deutsche Spitzenbürokratie vor allem auf in Deutschland ausgebildete Juristen und Volkswirte als Personal zurückgreift und in der deutschen Politik Juristen auch ein starkes Übergewicht haben hat der Ordoliberalismus seinen Weg in diese zwei Bereiche gefunden.

Nun ist es aber so, dass seit den 1990er Jahren der traditionell an Volkswirtschaftslehrstühlen dominierende Ordoliberalismus immer stärker durch angelsächsische Mainstream Ökonomie ersetzt wird. Selbst Mitglieder des Kronenberger Kreises bezeichnen sich nicht mehr ohne Einwände als pure Ordolibérale⁹ und diejenigen die Ordoliberalismus noch praktizieren bemühen sich zunehmend um eine Erneuerung durch Fusionierung mit neuer institutioneller Ökonomie oder mit Public Choice Ansätzen (Feld / Köhler 2011). Dass der Ordoliberalismus der aus der deutschen Volkswirtschaftslehre verschwindet doch noch so prominent in der deutschen Politik und Bürokratie ist, liegt an einem Generationeneffekt. Diejenigen die heute die entscheidenden Stellen in der deutschen Bürokratie und Politik einnehmen haben selbst noch bei ordoliberalen Professoren der ersten oder zweiten Generation gehört oder Ihre Dissertationen verfasst. Erst wenn diese aus dem höheren Dienst ausscheiden, schlägt dann auch der Umschwung in der deutschen VWL auf die deutsche Politik und Bürokratie durch.

⁸ Interview mit Hans Joachim Mestmäcker 20.2.2017 in seinem Haus in Hamburg.

⁹ Interviews mit Clemens Fuest 5.4.2017 im München IfO Institut, Lars Feld 31.5.2017 Freiburg im Breisgau im Walter Eucken Institut und Heike Schweitzer 1.2.2017 in ihrem Büro FU Berlin.

7. Schluss

Mit diesem Beitrag wird der Fokus des Sonderhefts „Ökonomisierung und Konfession: was bleibt?“ auf Europa und die Eurokrise ausgeweitet. Er hat gezeigt, dass Religion in einem immer rapider säkularisierenden Europa während der Krise als kultureller Marker wiederauftaucht. In Deutschland in Form einer protestantisch gefärbten Tugendethik; insbesondere im ordoliberalen Diskurs führender deutscher Politiker. In Südeuropa als Rückbesinnung auf national kulturelle Fixpunkte, um eben diesen Diskurs abzuwehren. All dies steht der als ökumenischen beschriebenen Integrationsgeschichte Europas entgegen (Leustean 2014). Das Christentum wird immer wieder von Europäischen Politikern als einigende Wertebasis für die europäische Einigung herangezogen. In der Eurokrise kommt jedoch sein jahrhundertealtes Spaltungspotential zum Vorschein, dass auf den verschiedenen Sozial- und Wirtschaftsethiken der drei großen Christlichen Stränge in Europa beruht.

Ob die Ideen und ethischen Rechtfertigungen des Ordos nur benutzt werden um die materiellen Interessen der deutschen Exportwirtschaft zu kaschieren kann und will der obige Beitrag nicht beantworten. Das ist empirisch wohl nicht auflösbar und eher eine Frage des epistemischen Standpunktes der entweder mehr von der Prävalenz von Interessen oder Ideen ausgeht. Interessanterweise co-existieren wie oben gezeigt hier beide gleichzeitig und sind weitgehend deckungsgleich in Ihren Auswirkungen. Für Weber war es genau diese Konstellation unter der Ideen ihre größte Durchschlagskraft entfalten.

Literatur

Abelshauser, W. (2003): Kulturkampf: Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin.

Addley, E. (2015): Stories of 2015: Yanis Varoufakis, Syriza's Anti-Austerity Motorbiker, The Guardian. Verfügbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/dec/24/stories-2015-yanis-varoufakis-syrizas-anti-austerity-motorbiker> [28.03.2018].

Agamben, G. (2013): Giorgio Agamben im Gespräch. Die Endlose Krise ist Ein Machtinstrument, Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bilder-und-zeiten/giorgio-agamben-im-gespraech-die-endlose-krise-ist-ein-machtinstrument-12193816.html> [28.03.2018].

– (2015): „Europa muss kollabieren“. Interview mit Iris Radisch. Die Zeit. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2015/35/giorgio-agamben-philosoph-europa-oekonomie-kapitalismus-ausstieg> [29.03.2018].

Amable, B. (2011): Morals and politics in the ideology of neo-liberalism, Socio-Economic Review, 9(1), S. 3 – 30.

Armingeon, K./Baccaro, L. (2014): Germania: l'indomabile trading state Quaderni rassegnas sindacale lavori, 15: 2, S. 19 – 44 (English version: Armingeon, K./Baccaro, L. (2014): The Crisis and Germany: The Trading State Unleashed, in: Eberlein, B./ Schneider, V. (Hrsg.), Complex Democracy. Varieties, Crisis, and Transformations, Wiesbaden, S. 165 – 184.)

Armingeon, K./Cranmer, S. (2017): Position-taking in the Euro crisis, Journal of European Public Policy, S. 1 – 21.

Armingeon, K./Guthmann, K./Weisstanner, D. (2015): How the Euro divides the Union: The effect of economic adjustment on support for democracy in Europe, Socio-Economic Review 14(1), S. 1 – 26.

Assheuer, T. (2013): Europa. Gegen Deutschland?, Zeit Online. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2013/16/europa-krise-giorgio-agamben> [29.03.2018].

Baccaro, L./Pontusson, J. (2017): Rethinking comparative political economy: the growth model perspective. Politics & Society 44 (2), S. 175 – 207.

Becker, J./Fuest, C. (2016): Planloser Hegemon, Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/deutschlands-rolle-in-dereu-planloser-hegemon-14554184.html> [29.03.2018].

– (2017): Der Odysseus-Komplex. Ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise, München.

Berghahn, V./Young, B. (2013): Reflections on Werner Bonefeld's „Freedom and the Strong State: On German Ordoliberalis“ and the continuing importance of the ideas of ordoliberalism to understand Germany's (contested) role in resolving the Eurozone crisis, New Political Economy, 18, S. 768 – 78.

Bild (2010a): Geheimakte Griechenland: Wie Athen sich den Euro erschwindelte, BILD. de. Verfügbar unter: <http://www.bild.de/politik/2010/griechenland-krise/geheimaktewie-die-griechen-in-den-euro-kamen-14462666.bild.html> [29.03.2018].

– (2010b): Griechenland-Pleite: Warum zahlen wir ihre Luxus-Renten mit Milliarden-Hilfe?, BILD.de, <http://www.bild.de/politik/wirtschaft/wir-zahlen-luxus-rente-mit-milliardenhilfe-12338430.bild.html> [29.03.2018].

– (2010c): Griechenland: Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen! – Wirtschaft – Bild.de, BILD.de, <http://www.bild.de/politik/wirtschaft/griechenland-krise/regierung-athen-sparen-verkauft-inseln-pleite-akropolis-11692338.bild.html> [29.03.2018].

Blyth, M. (2013) Austerity: The History of a Dangerous Idea, Oxford.

BMF (2012): Fiskalpolitische Institutionen in der Eurozone. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin. Verfügbar unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Ministerium/Geschaeftsbereich/Wissenschaftlicher_Berat/Gutachten_und_Stellungnahmen/Ausgewaehlte_Texte/02-03-2012-Eurozone-Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [29.03.2018].

Bulmer, S. (2014): Germany and the Eurozone Crisis: Between Hegemony and Domestic Politics, West European Politics, 37, S. 1244 – 63.

Der Spiegel (2015): Nazi Karikatur in Syriza. Zeitung erzürnt Schäuble. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wolfgang-schaeuble-in-syriza-karikatur-als-nazidargestellt-a-1018392.html> [29.03.2018].

Dietze, von C. (1947): Theologie und Nationalökonomie, Tübingen/Stuttgart.

Dolls, M./Fuest, C./Heinemann, F./Peichl, A. (2016): Reconciling Insurance with Market Discipline: A Blueprint for a European Fiscal Union. SSRN Scholarly Paper. Rochester, New York. Verfügbar unter: <http://papers.ssrn.com/abstract=2752376> [29.03.2018].

Dyson, K. (2017): Ordoliberalism as tradition and as ideology, Ordoliberalism, law and the rule of economics, in: Hien, J./Joerges, C. (Hrsg.), Oxford.

Ehlers, F./Heyer, J. A./Knaup, H. et al. (2015) A Government Divided: Schäuble's Push for Grexit Puts Merkel on Defensive, Spiegel Online. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/international/germany/schaeuble-pushed-for-a-grexit-and-backed-merkel-into-a-corner-a-1044259.html> [29.03.2018].

Ettel, A./Gersemann, O./Greive, M. (2016): Warum wir einen europäischen Finanzminister brauchen, Die Welt. Verfügbar unter: <https://www.welt.de/finanzen/article156246508/Warum-wir-einen-europaeischen-Finanzminister-brauchen.html> [29.03.2018].

Eucken, W. (1932): Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus, Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. XXXVI, S. 297 – 321.

Falcke, H. (2011): Welche Ansätze für eine Wirtschaftsethik finden wir bei Dietrich Bonhoeffer?, Evangelische Theologie 71, 5, S. 376 – 395.

Feld, L. P./Haucap, J./Möschel, W./Wieland, V./Wigger, B. U. (2012): Wie viel Koordinierung braucht Europa?, Kronberg. verfügbar unter: http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/KK_55_Europ a_Koordinierung_2012.pdf [29.03.2018].

Feld, L. P./Köhler, E. (2011): Ist die Ordnungsökonomie zukunftsfähig, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik. Eucken Institut 11/2.

Flora, P. (1986): Introduction, in: ders. (Hrsg.), Growth to Limits, The Western European Welfare States Since World War II. Berlin.

Fuest, C./Heinemann, F./Schröder, C. (2015): A Viable Insolvency Procedure for Sovereigns in the Euro Area. JCMS, Vol. 54, No. 2, S. 301 – 17.

Fuest, C./Peichl, A. (2012): European Fiscal Union: What is it? Does it work? And are there really no alternatives? IZA Policy Paper, No. 39.

Goldschmidt, N. (1997): Die Entstehung der Freiburger Kreise, Historisch-Politische Mitteilungen: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, S. 1 – 17.

Gorski, P. S. (2003): The Disciplinary Revolution: Calvinism and the Rise of the State in Early Modern Europe Chicago.

Guérot, U./Dullien, S. (2012): Why Berlin is fixed on a German solution to the eurozone crisis, The Guardian. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2012/mar/02/german-solution-to-eurozone-crisis> [29.03.2018].

Habermas, J. (2013): Democracy, Solidarity and the European Crisis, London.

Hall, P. A. (2012): The Economics and Politics of the Euro Crisis, German Politics, 21 (4), S. 355 – 371.

- (2014): Varieties of Capitalism and the Euro Crisis, *West European Politics* 37 (6), S. 1223 – 1243.
- Hall, P. A./Soskice, D.** (2001): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford.
- Hien, J.** (2012): *Competing ideas: the religious foundations of the German and Italian welfare states*. Thesis. Fiesole: European University Institute. Verfügbar unter: http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/24614/2012_Hien_AuthVersion.pdf?sequence=1&isAllowed=y [23.10.2017].
- (2013): The Ordoliberalism that never was. *Contemporary Political Theory*, Vol. 12, No. 4, S. 349 – 358.
- (2017): The Religious roots of the European Crisis. *Journal of Common Market Studies*. Early view: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/jcms.12635/abstract>.
- (2017a): The European sovereign debt crisis and the danger of ideational monocultures. *New Perspectives*, Vol. 25, No. 2, S. 115 – 124.
- Hien, J./Joerges, C.** (2018): Dead Man Walking? Current European Interest in Germany's Ordoliberal Tradition. *European Law Journal*, forthcoming.
- Höpner, M./Lutter, M.** (2018): The Diversity of Wage Regimes: Why the Eurozone Is Too Heterogeneous for the Euro. In: *European Political Science Review* 10(1), S. 71 – 96.
- Jähnichen, T.** (2010): Die Protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft, in: *Ethik und Gesellschaft* 1, S. 1 – 30.
- Jessop, B.** (2010) Cultural Political Economy and Critical Policy Studies, *Critical Policy Studies* 3 (3), S. 336 – 356.
- Jordan, J.** (2014): Religious Belief, Religious Denomination, and Preferences for Redistribution: A Comparison across 13 Countries. *West European Politics*, Vol. 37, No. 1, S. 19 – 41.
- Kahl, S.** (2005): The Religious Roots of Modern Poverty Policy: Catholic, Lutheran, and Reformed Protestant Traditions Compared, *European Journal of Sociology*, Vol. XLVI, (1), S. 91 – 126.
- Kaube, J.** (2013): Bald Lateineuropa? Berlusconis Philosoph liebt krude Thesen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/geisteswissenschaften/bald-lateineuropa-berlusconis-philosoph-liebt-krude-thesen-12183986.html> [28.03.2018].
- Kirsten, D.** (2015): Schäuble legt die Bibel aus, in *Deutschlandfunk* am 4. Juni 2015. Verfügbar unter: www.deutschlandfunkkultur.de/bundesminister-beim-kirchentagschaeuble-legt-die-bibel-aus.2165.de.html?dram:article_id=321733 [22.08.2017].
- Kojeve, A.** (1945): *Esquisse D'une Doctrine de La Politique Francaise*, Stanford.
- Koumandaraki, A.** (2002): The Evolution of Greek National Identity. *Studies in Ethnicity and Nationalism*, Vol. 2, No. 2, S. 39 – 53.
- Krarup, T.** (2017): Liberalism with a Strong State? Freedom between Good and Evil in Ordoliberalism, nicht publiziertes Manuskript auf Nachfrage beim Autor erhältlich. Kronberger Kreis (2015): Pressemitteilung: Kronberger Kreis: Ein Austritt Griechenlands gefährdet weder den Euro noch Europa, Pressemitteilung. Verfügbar unter:

http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilungen/2015/PM_Kronberger_Kreis_Griechenland_Austritt_08_07_2015_.pdf [29.03.2018].

Lehmbruch, G. (2001): The Institutional Embedding of Market Economies: The German „Model“ and Its Impact on Japan, in: Yamamura, K./Streeck, W. (Hrsg.), *The Origins of Nonliberal Capitalism: Germany and Japan in Comparison*, Cornell.

Lenel, H. O. (1991): Walter Eucken's Briefe an Alexander Rüstow, *ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 42, S. 11 – 14.

Lepenies, W. (2016): *Die Macht am Mittelmeer. Französische Träume von einem anderen Europa*, München.

Lipset, S. M./Rokkan, S. (1967): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York.

Louth, A. (2009): Some Recent Works by Chrsitos Yannaras in English Translation. *Modern Theology*, Vol. 25, No. 2, S. 329 – 40.

Makrides, V. (2012): Orthodox Christianity, Modernity and Postmodernity: Overview, Analysis and Assessment, *Religion. State and Society*, Vol. 40, No. 3 – 4, S. 248 – 85.

– (2013): Why Does the Orthodox Church Lack Systematic Social Teaching? *Skepsis. A Journal for Philosophy and Interdisciplinary Research*, Vol. 23, S. 281 – 312.

– (2015): Hat die Orthodoxie mit der tiefgreifenden Finanzkrise in Griechenland seit 2009 etwas zu tun?, in: Floghaus, R./Wasmuth, J. (Hrsg.), *Orthodoxie Im Dialog*, Berlin.

Manow, P. (2001): Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie, in *Leviathan* 29, 2, S. 179 – 198.

– (2001a): Modell Deutschland as an Interdenominational Compromise, Minda De- Gunzburg Center for European Studies. Harvard University, CES Working Paper, Program for the Study of Germany and Europe.

– (2015): Workers, farmers and Catholicism: A history of political class coalitions and the south-European welfare state regime, *European Journal of Social Policy* 25(1), S. 32 – 49.

Mazurek, F. (1980): Die Konzeption des Gesellschaftlichen Solidarismus nach Heinrich Pesch. *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften*, Vol. 21, S. 73 – 98.

Münchau, W. (2014): The wacky economics of Germany's parallel universe, *Financial Times*. Verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/e257ed96-6b2c-11e4-be68-00144feabdc0> [29.03.2018].

Nedergaard, P./Snaith, H. (2015): ‚As I Drifted on a River I could not Control‘: The Unintended Ordoliberal Consequences of the Eurozone Crisis, *Journal of Common Market Studies*, 53, S. 1094 – 1109.

Nelsen, B. F./Guth, J. L. (2003): Religion and Youth Support for the European Union. *JCMS*, Vol. 41, No. 1, S. 89 – 112.

– (2015): Religion and the Struggle for European Union: Confessional Culture and the Limits of Integration, Washington.

Olmastroni, F./Pellegata, A. (2017): Once We were friends. EU support and reciprocal views between Germany and Italy. Verfügbar unter: <http://www.euvisions.eu/friends-support-reciprocal/> [15.12.2017].

Pesch, H. (1914): Lehrbuch Der Nationalökonomie. 1. Grundlegung, Freiburg im Breisgau.

Petersen, T. (2008): Die Sozialethik Emil Brunners und ihre neoliberale Rezeption. HWWI Research Paper No, Vol. 5 – 6, S. 1 – 27.

– (2015): Theologische Einflüsse auf die deutsche Nationalökonomie im 19. und 20. Jahrhundert – drei Fallbeispiele. Dissertation. Universität Hamburg.

Piller, Thomas (2016): Haushaltspolitik. Für Renzi ist der Rabatt nicht genug, Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/haushaltspolitik-fuer-renzi-ist-der-rabatt-nicht-genug-14240245.html> [29.03.2018].

Pius XI (1931): Quadragesimo Anno. Verfügbar unter: http://w2.vatican.va/content/pius-xi/en/encyclicals/documents/hf_p-xi_enc_19310515_quadragesimo-anno.html [22.08.2017].

Pühringer, S./Hirte, K./Ötsch, W. (2017) Netzwerke „des Marktes“. Ordoliberalismus als politische Ökonomie, Berlin: Springer.

Rahitz, J. (2017): The soul of the Eurozone, in New Left Review 104, S. 107 – 131.

Reuter, H.-R. (2010): Vier Anmerkungen zu Philip Manow „Die Soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss? Ein Re-Statement“, in Ethik und Gesellschaft 1, S. 1 – 22.

Rieter, H./Schmolz, M. (1993): The ideas of German ordoliberalism 1938 – 45: pointing the way to a new economic order, Journal of the History of Economic Thought 1, 1, S. 87 – 114.

Röpke, W. (1948); Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich.

– (1949): Civitas Humana: Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, 3. Aufl., Erlenbach-Zürich.

Sachverständigenrat (2015): Konsequenzen aus der Griechenland-Krise Für einen stabileren Euro-Raum. Sondergutachten, Wiesbaden. Verfügbar unter: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/sondergutachten/sg2015.pdf> [29.03.2018].

Schäuble, W. (2010): Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich der Verleihung des Grand Prix de l'Economie in Paris. Rede in Paris am 12. Januar 2010. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2010/2010-12-01-rede-grandprix.html [22.08.2017].

– (2011a): Rede des Ministers Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich des Neujahrsempfangs bei der Deutschen Börse AG in Frankfurt a. M. am 24. Januar 2011. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2011/2011-01-24-deutscheboerse.html [22.08.2017].

– (2011b): Reform der europäischen Finanzregeln – Für eine bessere Verfassung Europas. Rede in Berlin am 26. Januar 2011. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2011/2011-01-26-humboldt.html [22.08.2017].

- (2011c): Rede von Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich der Beratungen zum Europäischen Stabilisierungsmechanismus im Deutschen Bundestag am 9. August 2011. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2011/2011-09-08-rede-im-bundestag-zum-europaeischer-stabilisierungsmechanismus.html [22.08.2017].
- (2012a): Der Unbeugsame, in: Focus vom 7. Mai 2012 (Interview). Verfügbar unter: www.wolfgang-schaeuble.de/der-unbeugsame/ [22.08.2017].
- (2012b): Rede des Bundesfinanzministers zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Ratifizierung des Fiskalvertrags in Berlin am 29. März 2012. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2012/2012-03-29-rede-fiskalpakt-bundestag.html [22.08.2017].
- (2013a): Griechenlands Reformen tragen erste Früchte, in Ta Nea vom 26. März 2013 (Interview). Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2013/2013-03-26-tanea-tageszeitung-griechenland-teil-2.html [22.08.2017].
- (2013b): Sicherheitspolitik im Spannungsfeld der Finanzen. Rede in Berlin am 24. Juni 2013. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2013/2013-06-24-bundesakademie-fuer-sicherheitspolitik.html [22.08.2017].
- (2013c): Lebensversicherer müssen verstärkt Vorsorge betreiben. Rede in Berlin am 21. November 2013. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2013/2013-11-22-gdv.html [22.08.2017].
- (2014a): Bankenunion macht Europa stabiler und handlungsfähiger. Rede in Berlin am 25. September 2014. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2014/2014-09-25-Bundestag-Bankenunion-textfassung.html [22.08.2017]
- (2014b): 3. Lesung des Haushaltsgesetzes 2015 im Deutschen Bundestag am 25. November 2014. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2014/2014-11-28-Bundestag-Abschluss-Bundeshaushalt-textfassung.html [22.08.2017].
- (2015a): „Farbe bekennen“ mit Finanzminister Wolfgang Schäuble. Interview in der ARD. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2015/2015-02-05-ard-textfassung.html [22.08.2017].
- (2015b): Griechenland war auf dem richtigen Weg. Interview im ZDF heute Journal am 17. Februar 2015. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2015/2015-02-17-heute-journal-textfassung.html [22.08.2017].
- (2015c): Wir können diese Herausforderung meistern. Rede in Berlin am 9. August 2015. Verfügbar unter: www.wolfgang-schaeuble.de/wir-koennen-diese-herausforderungmeistern/ [22.08.2017].
- (2015d): Der Bundesfinanzminister im Interview mit dem SPIEGEL vom 18. Juli 2015. Das Interview führten: Klaus Brinkbäumer, Michael Sauga und Christian Reiermann. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2015/2015-07-20-spiegel.html [22.08.2017].
- (2015e): Bibelarbeit zum Evangelischen Kirchentag 2015 – Klug handeln – mit Q6 dem Mammon? Rede in Stuttgart am 4. Juni 2015. Verfügbar unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2015/2015-06-04-kirchentag.html [22.08.2017].

Scherer, M. (2015): The Religious Context in Explaining Public Support for the European Union. *Journal of Common Market Studies*, Vol. 53, No. 4, S. 893 – 909.

Schmoller, G. (1900): *Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, Leipzig.

Schubert, C. (2015): EZB Fordert Finanzministerium für Europa, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/europaeische-zentralbank-will-ein-europaeisches-finanzministerium-13772228.html> [29.03.2018].

Siedenbiedel, C. (2016): IFO-Chef Fuest. Kritik an Rekord-Steuerschulden der Griechen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/ifo-chef-fuest-kritisiert-rekord-steuerschulden-der-griechen-14259017.html> [29.03.2018].

Sinn, H.-W. (2014): *The Euro Trap. On Bursting Bubbles, Budgets and Beliefs*. Oxford.

Streeck, W. (2005): Requirements for a useful Concept of Complementarity, in Crouch, C./Streeck, W./Boyer, R./Amable, B./Hall, P. A./Jackson, G. (Hrsg.), *Dialogue on Institutional Complementarities and Political Economy*, *Socio Economic Review* 3(2), S. 359 – 382.

– (2015): Heller, Schmitt and the Euro. *European Law Journal*, Vol. 21, No. 3, S. 361 – 70.

Steinmo, S. (2010): *The Evolution of Modern States*, Cambridge. Stiftung Marktwirtschaft (2014): Jens Weidmann erhält den Wolfgang-Engels-Preis. Verfügbar unter: <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/veranstaltungen/wolfram-engels-preis/jens-weidmann-bundesbankpraesident/> [29.03.2018].

– (2015): Eine Stabilitäts- und Wachstumsunion? Fiskalische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in der Eurozone. Tagung der Allianz DE, Stiftung Marktwirtschaft und Europäischen Kommission Berlin. Verfügbar unter: <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/tagungen/detailansicht/eine-stabilitaets-und-wachstumsunion-fiskalische-und-wirtschaftliche-nachhaltigkeit-in-der-eurozone/tagungen/show/Publications/> [29.03.2018].

Stjernø, S. (2005): *Solidarity in Europe: The History of an Idea*, Cambridge.

Van Heuvelen, T. (2014): The Religious Context of Welfare Attitudes. *Journal for the Scientific Study of Religion*, Vol. 53, No. 2, S. 268 – 95.

Van Kersbergen, K./Manow, P. (2009): *Religion, Class Coalitions and Welfare States*. Cambridge.

Weidmann, J. (2013): Krisenmanagement und Ordnungspolitik. Walter-Eucken-Vorlesung am 11. Februar 2013 in Freiburg im Breisgau. Verfügbar unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2013/2013_02_11_weidmann.html [22.08.2017].

– (2014): Stabiles Geld für Europa. Rede als Ehrengast bei der 470. Bremer Schaffermahlzeit in Bremen am 14. Februar 2014. Verfügbar unter: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2014/2014_02_14_weidmann.html [22.08.2017].

Wilde, L. (2007): The Concept of Solidarity: Emerging from the Theoretical Shadows? *British Journal of Politics & International Relations*, Vol. 9, No. 1, S. 171 – 81.

Yannaras, C. (1983): A Note on Political Theology. *St Vladimir's Theological Quarterly*, Vol. 27, No. 1, S. 53 – 6.